

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



Nein zur Verstaatlichung der Kinderbetreuung. Ja zur steuerlichen Entlastung von allen Familien.
Von Nationalrat Bruno Zuppiger

Seite 6



Bauernaufstand Sempach: Ja zur privatrechtlichen Milchmengen-Steuerung. Nein zum EU-Agrar-Freihandelsabkommen.
Von Nationalrätin Alice Glauser

Seite 12



Bundesratswahl: SVP rettet die Konkordanz!
Von Parteipräsident Nationalrat Toni Brunner

Seite 3

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 60 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe September 2009

Nein zur MwSt.-Erhöhung – Ja zu einer gesunden IV!
Nationalrat Adrian Amstutz S. 4

Keine Diskriminierung der klassischen Familie
Daniel Preisig S. 7

Legislaturbilanz: Classe politique im Abseits
Delegiertenversammlung S. 8

Volkswahl des Bundesrates: glaubwürdig, nötig und konsequent
Gregor A. Rutz S. 9

Interview mit Nationalrat Toni Brunner S. 10

Resolution an den Bundesrat des Bauernaufstands in Sempach im Wortlaut S. 13

Warum muss das Bankkundengeheimnis in der Bundesverfassung verankert werden?
Pierre Rusconi S. 15

Reklame

Für Ihre Drucksachen

zt Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93
www.ztonline.ch

Das Bankkundengeheimnis muss in die Verfassung!

Die von der JSVP und der SVP Kanton Tessin lancierte Volksinitiative «Verteidigen wir die Schweiz! Das Bankgeheimnis muss in die Bundesverfassung» ist jetzt zu unterschreiben.

Ihre Unterschrift bedeutet ein Nein zu weiteren Erpressungen aus dem Ausland und stärkt zudem den Schutz der Privatsphäre vor dem Staat. Unser Rechtssystem beruht auf Treu und Glauben, diesem Prinzip ist Sorge zu tragen. Gerade die neuesten Avancen der Finanzdirektoren in der Schweiz, die das Bankkundengeheimnis auch bei uns in Frage stellen, zeigen, wie wichtig diese Volksinitiative ist.

Unser heutiges System in der Schweiz funktioniert, denn es bietet Kriminellen – Terroristen, Geldwäschern oder dem organisierten Verbrechen – keinerlei Schutz. Zudem gilt zu beachten, dass ein starker Finanz- und Wirtschaftsstandort Garant für sichere Arbeitsplätze ist.



Bitte Zeitung wenden!



Shop

..... Expl.	SVP-Fussball	Fr. 25.–
..... Expl.	Cap «Swiss Look»	Fr. 10.–
..... Expl.	SVP-Sitzungsmappe	Fr. 49.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze klein	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte Schweizerkreuze gross	Fr. 50.–
..... Expl.	Seidenkrawatte SVP	Fr. 50.–
..... Expl.	SVP-Bonbons Blechdose	Fr. 5.–
..... Expl.	SVP-Feuerzeug	Fr. 5.–
..... Expl.	Rucksack (Aktion) robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr. 10.–
..... Expl.	Pin Schweizerkreuz	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin SVP-Logo	Fr. 7.–
..... Expl.	Pin «SVP Gold»	Fr. 7.–
..... Expl.	Post-it, Block à 50 Blatt	Fr. 2.–
..... Expl.	Offiziersmesser, Original-Victorinox	Fr. 20.–
..... Expl.	Kleber, Bogen à 27 Kleber	Fr. 5.–
..... Expl.	Jass <input type="checkbox"/> französisch <input type="checkbox"/> Deutschschweizer	Fr. 3.–
..... Expl.	SVP-Ballone, Sack à 50 Stück	Fr. 33.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr. 2.50

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum

SVP-Klartext

Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin:
Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise:
12 × / Jahr

Inserate:
Kevin Grangier

Adresse:
Generalsekretariat SVP
Postfach 8252
3001 Bern
Telefon 031 300 58 58
Fax 031 300 58 59
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:
Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:
Stiftung SVP-Parteizeitung
UBS Bern-Länggasse
PC 30-35-9

Druck:
Zofinger Tagblatt AG
ZT Print
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Telefon 062 745 93 93
Fax 062 745 93 49
www.ztonline.ch

Adressänderungen:
per E-Mail an klartext@svp.ch

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 60000 Exemplaren. **Ab nur 140 Franken** sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Nationalrat Toni Brunner, Präsident SVP Schweiz, Ebnet-Kappel SG

SVP rettet Konkordanz



Die SVP-Fraktion hat die FDP bei den Bundesratswahlen vom 16. September 2009 als einzige Partei vollumfänglich unterstützt. Mit der Wahl von Didier Burkhalter wurde dem erneuten Versuch von CVP und Linksparteien, die Konkordanz endgültig zu brechen, eine Abfuhr erteilt. Die SVP hat anlässlich der Wahl vom vergangenen Mittwoch ihren bestausgewiesenen Anspruch für einen zweiten Bundesratssitz zugunsten der FDP zurückgestellt. Sie wird diesen Anspruch nun bei nächster Gelegenheit einfordern.

Im Namen der SVP gratuliere ich Didier Burkhalter zur Wahl und wünsche ihm für sein Amt Kraft und politisches Stehvermögen. Nur dank der SVP konnte die Konkordanz gerettet werden. Die Konkordanz ist ein Abbild der Wählerstärke der Parteien anlässlich der eidgenössischen Wahlen vom Jahr 2007. Für die Bundesratswahl vom 16. September 2009 hatte deshalb primär die SVP als stärkste Partei und schwächer belegt die FDP Anspruch auf den frei werdenden Sitz in der Landesregierung. Die CVP als viertstärkste Partei hatte keinen Anspruch auf einen zweiten Sitz in der Landesregierung und hat deshalb von der SVP auch keine einzige Stimme erhalten. Mit ihrem Frontalangriff hat die CVP mit Unterstützung der SP die Konkordanz mit Füssen getreten.

Die Bundesratswahl hat gezeigt, dass SP und CVP nicht mehr zur Konkordanz stehen und eine Links-

Regierung anstreben. Die CVP hat sich mit ihrem Versuch, sich mit Hilfe von SP und Grünen, ohne einen entsprechenden Anspruch, einen zweiten Sitz im Bundesrat zuzuschancen, endgültig aus dem bürgerlichen Lager verabschiedet. Nur dank unserem konsequenten Verhalten hat die Koalition, welche bereits die Abwahl von Christoph Blocher zu verantworten hatte und beinahe die Wahl von Bundesrat Ueli Maurer verhinderte, keinen Erfolg gehabt.

Es liegt nun am Volk, anlässlich der Parlamentswahlen von 2011 die Voraussetzungen für eine Wiederherstellung der Konkordanz zu schaffen. Um die Volksrechte zu stärken und den unwürdigen Spielen rund um die Bundesratswahlen ein Ende zu bereiten, wird die SVP ihr Initiativprojekt für eine Volkswahl des Bundesrates rasch vorantreiben. Dabei zähle ich als Parteipräsident

auf die Hilfe von Ihnen allen. Lassen Sie uns mit der Volkswahl des Bundesrates die Volksrechte zugunsten unserer Schweiz stärken.

Werbung

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noselight.ch, www.noselight.ch

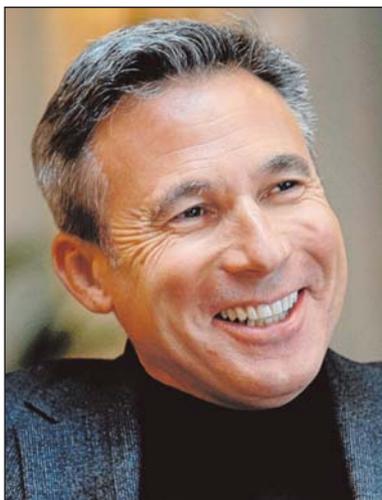
Nationalrat Adrian Amstutz, Vizepräsident SVP Schweiz, Sigriswil BE

Nein zur MwSt.- Erhöhung – Ja zu einer gesunden IV!

Am 27. September stimmt das Schweizer Volk über den Bundesbeschluss über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung (IV) durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze auf 8% ab. Die SVP bekämpft diese Vorlage dezidiert aus verschiedenen Gründen.

Jede Steuererhöhung schadet sowohl der Wirtschaft wie auch allen Steuerzahlern der Schweiz, weshalb sich die SVP stets konsequent dagegen zu Wehr setzt. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist umso entschiedener abzulehnen, **als sie vor allem tiefe Einkommen und insbesondere Familien überproportional stark belastet**. Die zusätzlichen 8,4 Steuermilliarden bringt ja nicht der Osterhase, sondern dieses Geld ist von den Menschen in unserem Land zu bezahlen. Solche Steuererhöhungen bremsen zudem die Wirtschaft und vernichten Arbeitsplätze. In der aktuellen Rezession sind die Steuern zur Entlastung der Bürger und Unternehmen zu senken und dürfen keinesfalls erhöht werden. **Mit einem NEIN zur Erhöhung der Mehrwertsteuer bleibt allen mehr zum Leben, was die Wirtschaft ankurbelt!**

Doch die Mehrwertsteuererhöhung ist nicht die einzige Kröte, welche die Vorlage den ehrlichen und arbeitenden Bürgern in diesem Land vorsetzt. Der zweite Teil der Vorlage sieht nämlich vor, für die IV zwar einen eigenständigen Ausgleichsfonds zu schaffen, gleichzeitig jedoch weitere **5 Milliarden Franken von der AHV in den neuen IV-Fonds abzuführen**. Es kann doch nicht sein, dass man der IV zu den 13 Milliarden Franken, welche sie der AHV schuldet, jetzt nochmals 5 Milliarden Franken von unserer AHV zuschanzt. **Damit werden AHV-Renten zur Finanzierung des IV-Missbrauchs zweckentfremdet**. Und wer garantiert uns, dass dies in Zukunft nicht wieder



passiert? Die SVP hat sich bereits mit der Goldinitiative dafür eingesetzt, dass die überschüssigen Goldreserven zur Sicherung der AHV gutgeschrieben werden. Die Überweisung eines Teiles der überschüssigen Goldreserven in den AHV-Fonds ermöglichte, dass die gesamte in der Schweiz arbeitende Bevölkerung am Volksvermögen teilhaben kann. Der jetzt geplante Griff in die AHV-Kasse zur Verschleierung der IV-Probleme ist eine Frechheit. **Ich bin für eine Trennung des AHV- und IV-Fonds, jedoch ohne dass sich die AHV dafür teuer freikaufen muss!**

Die Invalidenversicherung muss saniert werden. Doch der Zufluss von neuen Mehrwertsteuer- und AHV-Milliarden wird genau diese Sanierung verhindern oder zumindest verzögern. Unseren Kindern wollen wir beibringen, mit dem Geld, welches sie zur Verfügung haben, sparsam umzugehen. Gibt man einem Kind, welches sein

Sackgeld aufgebraucht hat, einfach mehr Geld, so wird es nie lernen, haushälterisch damit umzugehen und seine Ausgaben zu kontrollieren. Anscheinend ist diese Lehre noch nicht bis nach Bundesbern vorgedrungen. **Dabei ist es genau dieses System des Schuldenmachens und des Ausgebens, ohne über entsprechende Einnahmen zu verfügen, welches zur aktuellen globalen Wirtschaftskrise geführt hat.** Kreditkarten wurden überzogen und Häuser wurden ohne genügend Eigenkapital gekauft. Das Leben auf Pump und das Tolerieren von Missbräuchen ist schädlich und muss rigoros bekämpft werden.

Klar: **Es braucht zwingend eine echte Sanierung der IV. Die Abstimmungsvorlage bringt aber nur eine Scheinsanierung.** Sie verschleiert die Probleme und will die Missstände mit zusätzlichen Mehrwertsteuermilliarden zudecken. Die Lösung des Problems

wird aufgeschoben und die Missbräuche gehen ungebremst weiter. **Die IV muss ausgabenseitig saniert werden und das ist mit der 6. IV-Revision rasch machbar.** Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess sowie eine rigorose Missbrauchsbekämpfung müssen dabei im Vordergrund stehen. Die SVP hat bereits zwei Vorstösse eingereicht, welche einerseits die Aufkündigung der Sozialversicherungsabkommen mit den Balkanstaaten und der Türkei fordern und andererseits die zwingende Anpassung der Kaufkraft beim Auslandsexport von IV-Renten verlangt. Die jüngst bekannt gewordenen Skandale rund um den IV-Missbrauch im Ausland, insbesondere im Kosovo, wo Mitarbeiter der IV, welche Observationen hätten vornehmen müssen, bedroht wurden, zeigen die zusätzlichen Möglichkeiten klar auf. Nun sind rigorose Massnahmen und rasche Transparenz gefordert.

Kurz gesagt: Bei einem Ja wird zusätzlich viel Steuergeld in ein Fass ohne Boden geschüttet. Wir schädigen unsere AHV und wir werden nach sieben Jahren feststellen, dass der Geldbedarf der IV weiter gestiegen ist, da die Missstände nur noch grösser werden. Die heute als «befristete Steuererhöhung» schmackhaft gemachte Mehrbelastung der Bevölkerung wird dann definitiv und weitere Milliarden werden in die IV fliessen müssen. Um dies zu verhindern und die IV endlich von Grund auf zu sanieren, gibt es nur eine Möglichkeit: Am 27. September ein klares NEIN in die Urne legen!

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGSVORLAGEN VOM 27. SEPTEMBER 2009 PAROLEN DER SVP SCHWEIZ



NEIN zum Bundesbeschluss über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze

Die SVP will:

- Keine Steuererhöhung in wirtschaftlichen Krisenzeiten
- Keine Plünderung der AHV-Kasse
- Spardruck bei der IV aufrecht erhalten
- Missbräuche bekämpfen

JA zum Bundesbeschluss über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative

Die SVP steht konsequent für starke Volksrechte ein. Das Instrument der allgemeinen Volksinitiative ist jedoch in der Praxis ungeeignet.

Die Partei will:

- Verzicht auf die zu komplexe und nicht praxistaugliche Allgemeine Volksinitiative
- Generelle Stärkung der bestehenden Volksrechte (u.a. Bundesratswahl durchs Volk)



Alle Kantonalparteien der SVP unterstützen die Parolen der SVP Schweiz. Einzig beim Verzicht auf die allgemeine Volksinitiative beschlossen die SVP des Kantons Jura und des Kantons Fribourg die NEIN-Parole.

Jetzt reicht's!

Hier die Missbräuche:

- ▶ IV-Schmarotzer im Kosovo verhindern mit wilden Drohungen die Überprüfung ihrer Ansprüche.
- ▶ 41 Prozent der IV-Renten gehen an Ausländer; viele davon leisten sich im Ausland ein Leben in Saus und Braus (Ausländeranteil CH 21,5%).
- ▶ Über 60'000 IV-Fälle zwischen 1993 und 2006 sind «nicht oder nur schwer objektivierbar».
- ▶ Die IV-Ausgaben stiegen seit 1990 von 4 Milliarden auf heute gegen 12 Milliarden Franken pro Jahr.
- ▶ Gleichzeitig stieg die Anzahl der IV-Bezüger von 164'000 auf fast 300'000.

Statt diese Missbräuche endlich zu unterbinden, will man den Schlendrian mit Geld zudecken. Die ehrlichen Bürger sollen wieder zahlen: Mit einer Mehrwertsteuererhöhung auf 8 Prozent und 5 Milliarden aus der AHV-Kasse. Nein. Jetzt reicht's!

Darum am 27. September:

IV-Zusatzfinanzierung

Nein

Nationalrat Bruno Zuppiger, Hinwil ZH

Nein zur Verstaatlichung der Kinderbetreuung

«Zu Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland!» – Wer kennt ihn nicht, diesen weisen Spruch von Jeremias Gotthelf? – Der bekannte Pfarrer und Dichter aus dem Emmental wollte damit zum Ausdruck bringen, dass das Gemeinwesen von gut funktionierenden Familien lebt. Von Familien, welche Kinder und junge Menschen erziehen, heranbilden und ihnen Werte vermitteln, die sie ihrerseits befähigen, das Leben zu meistern, Konflikte zu bewältigen und das Leben in der Gemeinschaft positiv mitzugestalten.

Wert der Familie stärken

Auch in der Bundesverfassung wurde die Bedeutung von Ehe und Familie verankert. Doch was geschieht in Wirklichkeit? Die herkömmliche Familie verliert ihren Stellenwert in unserer Gesellschaft mehr und mehr. Die Anerkennung der Familienfrau (oder des Familienmannes), welche sich der Betreuung der Familie sowie dem Wohlergehen und der Erziehung der Kinder widmet, ist zunehmend am Schwinden. Im Trend liegt, wer seine gute Ausbildung, seine Fähigkeiten und seine Schaffenskraft möglichst umfassend der Wirtschaft – auch der Staatswirtschaft – zur Verfügung stellt. Arbeitgeberverbände rufen dazu auf, die Kinder möglichst rasch in Kinderkrippen zu geben und möglichst bald an den Arbeitsplatz zurückzukehren.

Und wer gibt den Kindern die so dringend benötigte Nestwärme? – Wer schenkt ihnen Liebe und Geborgenheit? – Wer führt die jungen Menschen hin zu selbstbewussten, mündigen, verantwortungsvollen und leistungsfähigen Bürgerinnen und Bürgern? – Natürlich, der Staat, und zwar möglichst von der Wiege bis zur Bahre!

Die SVP geht in der Familienpolitik einen anderen Weg: Für sie bilden Ehe und Familie nach wie vor die Grundlage und den Kern unserer Gemeinschaft. Daher kämpft sie für die Erhaltung und Anerkennung der Familien. Familien mit ihren Kindern verdienen nämlich den besonderen Schutz und die Achtung der Gesellschaft. Und für die SVP ist auch klar, dass



gerade Kleinkinder für ihre spätere Stabilität und Lebensfähigkeit Bezugspersonen brauchen, welche ihnen Wärme und Geborgenheit vermitteln. Daher soll die Erziehung der Kinder grundsätzlich in der Verantwortung und Pflicht der eigenen Eltern liegen. Eine staatlich geförderte Betreuungsindustrie lehnt die SVP strikte ab.

Keine Entmündigung der Eltern

Die Kinderbetreuungsverordnung, wie aktuell vom Bundesrat vorgeschlagen, widerspricht den Grundsätzen der Familienpolitik der SVP diametral. Sie beschränkt die Rechte und Pflichten der Eltern und greift unverhältnismässig in deren Verantwortungsbereiche ein. Verwandten

und Nachbarn wird die Fähigkeit zur Betreuung von Kindern grundsätzlich abgesprochen. Sie brauchen neu eine obligatorische Ausbildung und eine amtliche Bewilligung. Bewilligungsbehörden urteilen zuerst darüber, ob jemand fähig ist, eine Betreuungsaufgabe zu übernehmen oder nicht. Wer so in den ureigensten Verantwortungsbereich der Eltern eingreift und sie damit für inkompetent erklärt, hat jede Achtung vor einer familienbezogenen Betreuung der Kinder verloren. Er liefert die Kinder einem Tummelplatz von familienfeindlichen Betreuungskontrolleuren aus. Die SVP lehnt eine solche Verordnung sowie weitere staatlich erzwungene Massnahmen wie etwa vom Bund subventionierte Kinderkrippenplätze oder eine zu frühe Einschulung von Kleinkindern entschieden ab.

Steuerliche Entlastung – ja, aber für alle Familien

Die SVP bekennt sich ohne Wenn und Aber zur Familie. Sie unterstützt Familien, welche die Kindererziehung ernst nehmen und diese eigenverantwortlich wahrnehmen wollen. **Daher fordert sie auch eine steuerliche Entlastung für alle Familien mit Kindern. Es darf nicht sein, dass nur Eltern steuerlich begünstigt werden, welche ihre Kinder fremd, das heisst durch den Staat, betreuen lassen.**

Damit werden Eltern, welche ihre Kinder selber betreuen, benachteiligt. Das akzeptiert die SVP nie und nimmer, und falls die Familienbesteuerungsvorlage, wie sie vom Bundesrat vorgeschlagen und vom Ständerat kürzlich verabschiedet worden ist, in der Schlussabstimmung eine Mehrheit erreichen sollte, wird die SVP entschieden dagegen antreten, **und zwar mit einer Volksinitiative, welche für alle Familien eine steuerliche Entlastung bringt.**

Die SVP – und nicht etwa die CVP oder gar die FDP – ist die wahre Familienpartei! Sie will die Familie fördern. Sie steht auch dafür ein, dass alle Familien mit Kindern steuerlich entlastet werden. Sie lehnt jedoch eine zunehmende Einmischung des Staates in die Erziehung der Kinder und Jugendlichen entschieden ab und unterstützt die Familienmodelle, bei denen die Eltern ihre Verantwortung und Pflicht gegenüber ihren eigenen Kindern frei von staatlichen Eingriffen und Kontrollen wahrnehmen können.

Daniel Preisig, Junge SVP Schaffhausen, Schaffhausen SH

Kantonale Volksinitiative in Schaffhausen

Keine Diskriminierung der klassischen Familie

Die SVP Schweiz hat bereits angekündigt, eine Initiative zu lancieren, sofern die in den eidgenössischen Räten diskutierte Vorlage zur Familienbesteuerung auf eine Diskriminierung der Selbstbetreuung hinausläuft. Die SVP fordert: 1 Kind = 1 Abzug.

Was auf Bundesebene noch in den Kinderschuhen steckt, darüber

stimmt der Kanton Schaffhausen bereits am 27. September 2009 ab. Eine Initiative der Jungen SVP fordert die Abschaffung des unfairen Fremdbetreuungsabzugs und entsprechende Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs. **Das eingesparte Geld soll allen Familien – ungeachtet der Betreuungsform – zugute kommen.** Heute bezahlen die

Eltern, welche ihre Kinder selbst erziehen, mit ihren höheren Steuern die Krippenplätze der anderen. Mit Krippensubventionen und unfairen Steuerabzügen treibt der Staat heute junge Familien regelrecht in die Fremdbetreuung. Das ist ein völlig falscher Anreiz und unfair.

Die elterliche Erziehungsarbeit sollte der Gesellschaft und dem Staat auch

etwas wert sein! Erziehung vermittelt Werte und gibt dem Kind den nötigen Halt für die Zukunft. **Diese unentgeltliche Arbeit verdient ebenso unsere Anerkennung wie die Berufstätigkeit. Es ist höchste Zeit für eine Wende in der Familienpolitik.**

Informationen: www.jsvp-sh.ch



Auch die elterliche Erziehungsarbeit verdient unsere Wertschätzung.

Ja Ja zur Familien-Initiative der Jungen SVP am 27. September 2009. Alle Familien gleich behandeln.

Werbung

TROUVAILLES
Kunstgalerie

Permanente
Gemälde-Ausstellung
des 19.-20. Jahrhunderts

Mittwoch: 14.00–18.00 Uhr
Samstag: 10.00–16.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Paul + Charlotte Vogt
Fischmarkt 6
CH-4410 Liestal

Tel./Fax +41 61 721 78 81
Natel +41 79 674 05 84
vogttrouvailles@bluewin.ch

Matratzen nach Ihren eigenen Wünschen

(Bicoflex, Happy, Lattoflex, Roviva etc.)
Betten und Lättli jeder Art und Grösse,
sowie Luftbetten, Vorhänge und Möbel,
div. Marken-Bettwäsche.

Grösste Ausstellung der Region – ein Besuch lohnt sich immer – auch für Sie!

BETTWARENFABRIK
Rafzerfeld

Bettfedernreinigung Potema®
Mobile Matratzenreinigung

ZOLLINGER + CO AG
8424 Embrach, Hardhofstrasse 15
044 869 10 75 seit 45 Jahren
Täglich auf Voranmeldung bis 20.00 Uhr

www.rafzerfeld.com
bettwaren@rafzerfeld.com

SVP-HIT

***Hotel-Restaurant
Alpenblick
Fieschertal

- Übernachtung im Doppelzimmer
- mit Frühstücksbüffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Wellness-Hallenbad
Sauna-Dampfbad-Whirlpool

FR.50.-
pro Person/Nacht

Egal wieviel Nächte!

Familie Holzer Fabian - 3984 Fieschertal - Tel 0279701660 - Fax 0279701665
www.hotelalpenblick.ch - alpenblick@rhone.ch



www.art-baumann.ch



Delegiertenversammlung der SVP Schweiz in Chur

Legislaturbilanz: Classe politique im Abseits

Am 22. August 2009 fand im Eisstadion in Chur GR eine Delegiertenversammlung der SVP Schweiz statt. Die SVP zog Zwischenbilanz zur Legislaturmitte. Zusätzlich wurde der Lancierung einer Volksinitiative zur Volkswahl des Bundesrates im Grundsatz zugestimmt. Der definitive Initiativtext wird am 3. Oktober an der Delegiertenversammlung in Genf verabschiedet.

Am 21. Oktober 2009 stehen wir zwei Jahren nach den eidgenössischen Wahlen 2007. Die Bilanz von Bundesrat und Parlament zur Mitte der Legislatur ist mehr als ungenügend. Unser Land befindet sich in einer Rezession. Der Bundesrat knickt vor dem Druck des Auslandes immer öfter ein. Die Sozialwerke werden weiter überladen, Reformen laufend verschoben.

Der Bund gleitet in eine neue Schuldenwirtschaft ab, ohne dass von Seiten des Bundesrates Gegensteuer

gegeben wird. Bürgerinnen und Bürger zahlen die Zeche mit immer höheren Steuern, Abgaben, Gebühren und Prämien. Neben dem Portemonnaie will uns der Staat nun auch an unsere Kinder und Familien. Eine die Eltern einschränkende sogenannte Kinderbetreuungsverordnung, HarmoS und die steuerliche Diskriminierung selbsterziehender Eltern sind nur einige Beispiele für krasse Fehlentwicklungen.

Seit 2008 haben wir auch wieder ein wachsendes Problem in der Auslän-

der- und Asylpolitik. Schrankenlose Einwanderung, eine lasche Asylpolitik und der Drang der Classe politique, die Schweiz in die EU zu führen, wirken sich in der Krise fatal aus. Die SVP muss immer häufiger alleine gegen Missstände antreten, so beispielsweise gegen die unsinnige Mehrwertsteuererhöhung, über die das Volk am 27. September 2009 abstimmen wird. Nur wenn die SVP gestärkt aus den Wahlen 2011 hervorgeht, kann sie ihren Einfluss ausbauen und ihre Positionen im Parlament auch durchsetzen.

Im zweiten Teil der Delegiertenversammlung präsentierte die SVP des Kantons Zürichs einen Vorschlag für eine Volksinitiative zur Volkswahl des Bundesrates. Es gilt die Regierung unseres Landes wieder verstärkt im Volk zu verankern und den unwürdigen Manövern im Vorfeld von Bundesratswahlen ein Ende zu setzen. Die Delegiertenversammlung hat der Volkswahl des Bundesrates im Grundsatz zugestimmt und wird am 3. Oktober an der nächsten Versammlung in Genf den definitiven Text verabschieden.



Gregor A. Rutz, Vizepräsident SVP Kanton Zürich, Küsnacht ZH

Volkswahl des Bundesrates: glaubwürdig, nötig und konsequent

Dass in einer Demokratie der Staatspräsident oder die Regierung vom Volk gewählt werden, ist an sich selbstverständlich. Umso erstaunlicher, dass dies ausgerechnet in der Schweiz nicht der Fall ist – in einem Land, das stolz ist auf seine direkte Demokratie und die vielfältigen politischen Mitwirkungsrechte. Eine Volksinitiative zur Volkswahl des Bundesrates ist überfällig. Dass sich die SVP auch hier für die Stärkung der Volksrechte einsetzt, ist Ehrensache.

Die Schweizer Regierungswahlen werden von Jahr zu Jahr schlimmer: Intrigen und undurchsichtige Spielchen prägen die Bundesratswahlen. Eine unwürdige Entwicklung für unser Land. Eine Entwicklung auch, die zunehmend zu politischem Desinteresse führt – ein verheerender Zustand.

Stolz auf die direkte Demokratie

In unserer direkten Demokratie können die Bürger auf allen Ebenen mitbestimmen und ihre Vertreter in die Behörden wählen: vom Schulpfleger über den Bezirksrichter bis hin zu den Regierungsräten.

Dies war nicht immer so: Die Demokratie ist in der Schweiz über Jahrhunderte schrittweise gewachsen. Bereits 1845 führte der Kanton Waadt die Gesetzesinitiative und das fakultative Referendum ein. Zürich folgte erst 1869, Freiburg gar erst 1921. Die Volkswahl der Kantonsregierung wurde 1847 zuerst im Kanton Genf eingeführt; heute ist sie in allen Kantonen üblich. Auch die Ständeräte werden heute überall vom Volk gewählt. Gewisse Kantone kennen die Volkswahl der Ständeräte aber erst seit kurzer Zeit – so etwa St. Gallen (seit 1967), Neuenburg (1971), Freiburg (1972) und Bern (1977).

Auf kantonaler Ebene ist die direkte Demokratie heute relativ konsequent umgesetzt. Auf Bundesebene jedoch gibt es noch verschiedene Ein-



schränkungen. Dies hat vor allem praktische und historische Gründe.

Aus staatsrechtlicher Sicht ist die Wahl des Bundesrats durch das Parlament ein deutliches Defizit.

Minderheiten ernst nehmen

Gegen die Volkswahl sprachen um 1848 organisatorische Gründe. Die staatlichen Strukturen waren schwach, die Kommunikationsmittel dürftig. Wie sollte da ein Wahlkampf geführt werden? Fernsehen und Radio gab es noch nicht; die Post wurde erst 1849 gegründet. So lehnte die Verfassungskommission von 1848 die Volkswahl mit knapper Mehrheit ab. Auch zwei entsprechende SP-Initiativen wurden später abgelehnt – vor allem, weil sie noch zahlreiche andere Anliegen beinhalten.

Diese historischen Gründe fallen heute weg. Auch föderalistische Be-

denken sind wenig begründet, denn unser Bundesstaat hat immer Geschick im Umgang mit Minoritäten bewiesen. Der freiwillige Proporz, den die meisten Kantone kennen, hat sich bewährt. Die zweisprachigen Kantone haben trotz Volkswahl problemlos eine ausgleichende Formel für ihre Kantonsregierungen gefunden. Dass sprachliche Minderheiten oder Randregionen majorisiert würden, ist deshalb auch bei einer Volkswahl des Bundesrates unwahrscheinlich.

Um die Vertretung der Minderheiten verfassungsrechtlich abzusichern, schlägt die SVP das bewährte Berner Wahlmodell vor, welches den sprachlichen Minderheiten mindestens zwei Sitze zusichert.

Proporzwahl ungeeignet

Mit der Initiative zur Volkswahl des Bundesrats fordert die SVP, dass die Landesinteressen wieder über die Parteiinteressen zu stellen sind. Es gehören profilierte Persönlichkeiten in den Bundesrat – und nicht einfach Kandidaten, welche den Parteistrategien am besten entsprechen.

Eine Persönlichkeitswahl, bei welcher die Interessen der Eidgenossenschaft (und nicht diejenigen der Parteien) im Zentrum stehen, ist nur möglich in einem Majorzsystem. Es ist kein Zufall, dass sich sämtliche Kantone (ausser Tessin und Zug) für dieses Modell entschieden haben. Das Proporzsystem ist ungeeignet,

weil es auf die Parteien und ihre Vertretung ausgerichtet ist.

Aus diesen Gründen hat die SVP Kanton Zürich den Antrag für die Lancierung einer entsprechenden Volksinitiative gestellt. Wir sind überzeugt, so die Demokratie zu stärken und die Bundesratswahlen wiederum zu einem seriösen, gewichtigen Staatsakt werden zu lassen.

Werbung

- Jass- und Spielkarten
- Memoryspiel
- KonturPur Drucksachen
- Drucksachen nach Mass

Ihr Werbemittel-Optimierer
www.grobdruck.ch
 Telefon 071 414 14 64 

Spezielle Geschenke
www.artisan-geschenk-shop.ch
 Per Mausclick von zu Hause

«Klartext» im Interview mit Parteipräsident Toni Brunner

Ziel: Gemeinsam die Wahlen 2011 zu gewinnen

Klartext: Am 4./5. September fand das Seminar mit allen Kantonalpräsidenten, -sekretären und Fraktionspräsidenten statt. Warum ein solches Seminar?

Toni Brunner: Die eidgenössischen Wahlen 2011 rücken näher, die SVP hat sich in ihrer politischen Arbeit darauf zu konzentrieren, dass sie den Vertrag mit dem Volk auf allen Ebenen umsetzt.

Klartext: Was bedeutet dies konkret?

Toni Brunner: Die SVP und damit alle Parlamentarier der SVP haben dem Volk in diesem Vertrag versprochen, dass sie sich

1. gegen einen EU-Beitritt
2. für die Ausschaffung krimineller Ausländer
3. und zugunsten Steuersenkungen für alle

einsetzen. Es gilt ohne Wenn und Aber, dass wir uns für eine unabhängige und sichere Schweiz stark machen. Ebenfalls gilt es den Wohlstand durch tiefe Steuern zu erhalten, was wiederum auch den Wirtschaftsstandort stärkt und damit Arbeitsplätze erhält.

Klartext: Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Form der SVP?

Toni Brunner: Die SVP hat seit dem 1. Januar 2008 in 8 von 10 kantonalen Wahlen teilweise massiv Wähleranteile zulegen können und auch zusätzliche Regierungsratssitze in den Kantonen Schwyz, St. Gallen und Nidwalden gewonnen. Wir sind aber auch an vielen Orten selbstzufrieden und träge geworden. Entsprechend tief liegt wohl die Mobilisierung, wenn heute Wahlen wären. Dies muss sich ändern, deshalb führen wir auch solche Seminare durch. Nur dank klarer Analysen können Korrekturen eingeleitet werden.

Klartext: Gibt es unterschiedliche Auffassungen in Bezug auf die Form bei den Kantonalparteien und der Parteileitung?

Toni Brunner: Nein, im Grossen und Ganzen sind wir der gleichen Ansicht. Es hat sich auch gezeigt, dass diejenigen Kantonalparteien bei den kantonalen Wahlen Erfolg hatten, die einen prononcierten, themenfokussierten Wahlkampf führten. Sei dies im Kanton Schwyz mit den Steuerbegünstigungen für alle Familien oder im Aargau mit der klaren Haltung in Bezug auf die Beibehaltung des leistungsorientierten Schulsystems.

Klartext: Wo orten Sie Verbesserungsmöglichkeiten in der Partei?

Toni Brunner: Uns muss es gelingen, die einzelnen Ortssektionen in Abstimmungs- und Wahlkämpfen stärker zu aktivieren. Insbesondere sehen wir noch grosses Potential bei der sogenannten wilden Plakatierung. Es wäre ein Leichtes, wenn wir in jedem Ort zwei, drei Mitglieder oder Sympathisanten hätten, die jeweils vor einer Abstimmung an den Haupteinfahrtsachsen des Dorfes oder der Stadt ein Plakat stellen würden. In gewissen Kantonen funktioniert dies auch, in anderen überhaupt nicht – da verlieren wir zu viel Werbefläche.

Klartext: Sie fahren mit der Galeere auf dem Genfersee – eine Strafaktion?

Toni Brunner (lacht): Ja natürlich. Die Galeere zeigt, dass wir unser Ziel nur gemeinsam erreichen können – die National- und Ständeratswahlen 2011 zu gewinnen. Dies wird nur gelingen, wenn alle gemeinsam darauf hinsteuern und bereit sind, vollen Einsatz zu leisten.

Klartext: Wo liegen die Themenschwerpunkte für die SVP in den nächsten zwei Jahren?

Toni Brunner: Die SVP ist die einzige Partei, die noch für die Schweiz einsteht und die die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt. Entsprechend bleiben die Themen der Unabhängigkeit und Souveränität wichtig – zum Beispiel der Kampf gegen den EU-Beitritt. Ebenfalls halten sich viele Ausländer nicht an unsere Regeln, da gibt es nur eines – kriminelle Ausländer sind auszuschaffen – zugunsten der Sicherheit und Ordnung in unserem Land. Drittens kämpfen wir gerade im laufenden Abstimmungskampf als einzige Partei gegen höhere Steuern. Anstelle einer Sanierung der IV soll jetzt einfach die Mehrwertsteuer, die insbesondere den Mittelstand trifft, auf 8% erhöht werden. Da macht die SVP nicht mit.

In den Kantonen Zug, Uri und Bern bekämpft die kantonale SVP zusammen mit anderen Organisationen das gefährliche HarmoS-Konkordat. Die SVP hat sich auf nationaler Ebene stärker als in den letzten Jahren für die Schule und die Familien einzusetzen, denn da wird in staatspolitisch bedenklicher Art und Weise versucht, immer mehr in die Erziehungshoheit und Verantwortung der Familie einzugreifen.



GENIAL: STOPP-START-AUTOMATIK GRATIS. DER UMWELT ZULIEBE!

Neu: Colt Swiss Champion und Colt City Star



Swiss Champion
 Mehrwert CHF 2'600.-
 Aufpreis CHF 0.-
 Ihr Vorteil CHF 2'600.-

Mitsubishi präsentiert die beiden Sondermodelle **Colt City Star** und **Colt Swiss Champion** nicht nur mit einer attraktiven Mehrwert-Ausstattung, sondern auch serienmässig mit dem saubersten Benzinmotor seiner Klasse, dem 1.3-Liter-ClearTec-Motor mit Auto Stop&Go. Auto Stop&Go schaltet den Motor an der Ampel aus und mit dem Einkuppeln wieder ein. Einfach genial. www.mitsubishi-motors.ch



Erleben Sie den ClearTec Motor mit dem Auto Stop&Go selbst. **JETZT TESTEN.**
 Steuervorteile in einigen Kantonen.



New Colt City Star
 3-Door, CHF 18'990.-, Vorteil CHF 1'400.-*
 5-Door, CHF 19'490.-, Vorteil CHF 1'500.-



New Colt Swiss Champion
 3-Door, CHF 20'490.-, Vorteil CHF 2'050.-
 5-Door, CHF 20'990.-, Vorteil CHF 2'600.-*

Genial bis ins Detail.



* Listenpreis Colt 1.3 Inform 3-Door, inkl. ClearTec Motor und inkl. Sonderausstattung CHF 20'390.-, Kundenvorteil gesamt CHF 1'400.-, Preis Sondermodell City Star CHF 18'990.-, Listenpreis Colt 1.3 Invite 5-Door, inkl. ClearTec Motor und inkl. Sonderausstattung CHF 23'590.-, Kundenvorteil gesamt CHF 2'600.-, Preis Sondermodell Swiss Champion CHF 20'990.-, Unverbindliche Preisempfehlung netto, inkl. 7.6% MwSt. Normverbrauch Gesamt: 1.3 ClearTec, 95 PS, 5.0 L/100 km, CO₂ 119 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A, Durchschnitt CO₂ aller Neuwagen in der Schweiz: 204 g/km.

Nationalrätin Alice Glauser, Champvent VD

Bauernkundgebung vom 29. August 2009 in Sempach

«Jetzt ist der Bundesrat gefordert»

Die überwältigende und zahlreiche Teilnahme von Bäuerinnen und Bauern an dieser Kundgebung in Sempach hat gezeigt, dass das Fass bereits am Überlaufen ist. Wir verlangen vom Bundesrat, dass er sich nun endlich mit der Situation der Schweizer Landwirtschaft auseinandersetzt.

Das Volkswirtschaftsdepartement und das Bundesamt für Landwirtschaft sind landwirtschaftspolitisch nicht mehr glaubwürdig. Unsere Probleme, unsere Sorgen und unsere Forderungen werden einfach ignoriert.

Seit dem Herbst des vergangenen Jahres und mit der Aufhebung der Milchkontingente ist der Milchpreis auf ein Niveau abgestürzt, unter welchem für viele von uns Bauern kein Überleben mehr möglich ist. Wir wissen heute, dass es ohne consequen-

te Durchsetzung einer Milchmengensteuerung keinen fairen Preis für Schweizer Milch geben kann.

Die Motion von Josef Kunz, welche eine allgemeinverbindliche, privatrechtliche Milchmengensteuerung fordert, wurde vom Nationalrat abgelehnt (auf wessen Druck wohl?). Mit der Revision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse sowie des Lebensmittelgesetzes, mit der einseitigen Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips, mit

dem Vorantreiben der WTO-Verhandlungen und den Verhandlungen über ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU arbeitet der Bundesrat – allen voran Bundesrätin Leuthard – mit Hochdruck an der Zerstörung einer eigenständigen Schweizer Landwirtschaft und an der Vernichtung unserer bäuerlichen Existenzgrundlage.

Die Schweiz verfügt heute noch über eine strukturell vielfältige und multifunktionale Landwirtschaft, welche mit hohen Standards Produkte von

höchster Qualität herstellt. Die Wünsche der Konsumenten nach ökologisch produzierten, gesunden und regionalen Produkten erfüllen wir Schweizer Bauern gerne. Wir sind dafür sogar bereit, täglich überdurchschnittlich lange zu arbeiten. **Aber wir erwarten faire Rahmenbedingungen und existenzsichernde Preise für unsere Produkte. Das ist nicht zu viel verlangt! Dafür haben wir uns in Sempach getroffen und unsere Resolution an den Bundesrat verabschiedet.**



Resolution an den Bundesrat des Bauernaufstands in Sempach im Wortlaut:

Die ausserordentliche Entwicklung auf dem Milchmarkt mit den ruinösen Produzentenpreisen erfordert ein rasches und entschlossenes Handeln. Jedes längere Zuwarten ist verantwortungslos. Gezielte Massnahmen für eine Systemänderung im Milchmarkt sind jetzt unumgänglich. Wir fordern von den Verantwortungsträgern in Politik und Verwaltung, sich an die Gesetze zu halten und alles zu unternehmen, um den Milchproduzenten wieder eine wirtschaftliche Basis zurückzugeben.

Artikel 7 des Landwirtschaftsgesetzes besagt als Grundsatz: Der Bund setzt die Rahmenbedingungen für die Produktion und den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse so fest, dass die Landwirtschaft nachhaltig und kostengünstig produzieren sowie aus dem Verkauf der Produkte einen möglichst hohen Markterlös erzielen kann.

Wir brauchen einen fairen Milchpreis, um ein vergleichbares Einkommen zu erzielen!

Der Milchpreis ist in den vergangenen Monaten um durchschnittlich 30 Prozent gesunken. Dies vor allem darum, weil den Bauern die Möglichkeit entzogen wurde, ihre Milchproduktion an die Nachfrage anzupassen. Das Volkswirtschaftsdepartement und das Bundesamt für Landwirtschaft haben mitzuverantworten, dass durch Überschüsse und Dumpingpreise tausende von Bauernfamilien in ihrer Existenz bedroht sind.

Wir haben es satt, ständig als Bittsteller dastehen zu müssen, um für eine gerechte Entschädigung unserer Arbeit zu betteln. Die Schweizer Bauernfamilien sind vollwertige Bürger dieses Landes. Wir wollen die Möglichkeit

erhalten, die sich uns stellenden Herausforderungen eigenverantwortlich anzugehen. Dazu brauchen wir eine Allgemeinverbindlichkeit, wie man sie in vielen anderen Branchen ebenfalls kennt.

Daher versammeln wir uns heute, Samstag, 29. August 2009, bei der Schlachtkapelle zu Sempach zum Bauernaufstand. Milchproduzenten, Bäuerinnen und Bauern, Mitarbeitende der vor- und nachgelagerten Stufen sowie besorgte Bürgerinnen und Bürger setzen sich zur Wehr und verabschieden folgende Resolution:

Im Willen, die Bevölkerung mit einheimischen, gesunden Nahrungsmitteln zu versorgen, im Bewusstsein, dass die Ernährungssouveränität in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird, in der Überzeugung, dass der Verfassungsauftrag Grundlage unseres Handelns ist,

- **fordern wir vom Bundesrat einen dringlichen Bundesbeschluss für eine privatrechtliche Mengensteuerung durch die Produzenten, an die sich sämtliche Milchproduzenten zu halten haben;**
- **fordern wir vom Bundesrat den Abbruch der Verhandlungen mit der EU über ein Agrarfreihandelsabkommen.**

Sollten sich die zuständigen Stellen weigern, die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit der Milchmarkt funktionieren kann, so tragen diese die alleinige Verantwortung für die gravierenden Folgen für die Landwirtschaft und unser Land.

Ebenfalls hat die SVP am Donnerstag, 10. September die Einberufung einer ausserordentlichen Session im Rahmen der Wintersession zur Diskussion von Massnahmen gegen das Bauernsterben sowie den Preiszerfall am Milchmarkt gefordert.



Nahe dran an der Landwirtschaft



«die grüne»

Schnupperabo 7x für nur Fr. 20.- (statt Fr. 30.80)

Jahresabo 26 Ausgaben für nur Fr. 92.- (statt Fr. 114.40)

- Das Fachmagazin für die Schweizer Landwirtschaft
- Alle 14 Tage umfassende Hintergrundinformationen zu Agrarwirtschaft, Tierhaltung, Management, Markt und Politik
- Mit vielen Interviews, Reportagen sowie einer Fülle von praktischen Tipps, Lösungsansätzen und Ratschlägen

Ihr Geschenk: 20 Franken-Landi-Gutschein



«BauernZeitung»

Schnupperabo 13x für nur Fr. 20.- (statt Fr. 28.60)

Jahresabo 52 Ausgaben für nur Fr. 86.- bzw. Fr. 103.- / Fr. 111.- mit Regionalzeitung

- Die Wochenzeitung der bäuerlichen Organisationen in der Schweiz
- Jede Woche aktuelle und kompetente Beiträge zu Agrarpolitik, Marktinformationen, Organisationen, aktueller Fachberatung und vielem mehr
- Mit Regionalzeitung für die Zentral- oder Nordwestschweiz und verschiedenen Extras



Ihr Geschenk: 20 Franken-Landi-Gutschein

Nutzen Sie gleich jetzt die vielen Vorteile!

Ja, ich möchte «die grüne»

Im Schnupperabo zum Kennenlernen 7 Ausgaben für nur Fr. 20.- statt Fr. 30.80

Im Jahresabo für Fr. 92.- statt Fr. 114.40 (26 Ausgaben)

Ihr Geschenk: 20 Franken-Landi-Gutschein

Ja, ich möchte die «BauernZeitung»

Im Schnupperabo zum Kennenlernen 13 Ausgaben für nur Fr. 20.- statt Fr. 28.60

Jahresabo für Fr. 86.- (52 Ausgaben) bzw. Fr. 103.- / Fr. 111.- **mit Regionalzeitung**

Ihr Geschenk: 20 Franken-Landi-Gutschein

Name _____ Vorname _____

Strasse/Nr. _____ PLZ/Ort _____

Telefon _____ E-Mail _____

Datum _____ Unterschrift _____ AM09SVP

Coupon einsenden an: **Schweizer Agrarmedien GmbH, Postfach 228, 3000 Bern 15**
Tel.: 031 958 33 37, Fax 031 958 33 34

www.agrarmedien.ch

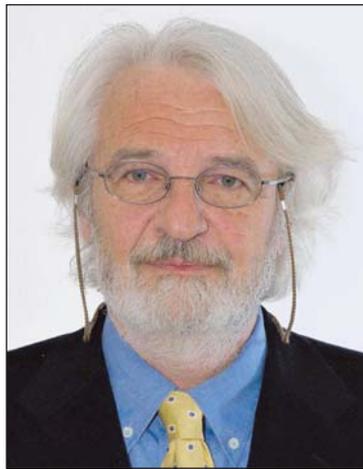
Unterschreiben Sie jetzt die eidgenössische Volksinitiative «Verteidigen Sie die Schweiz! Das Bankgeheimnis muss in die Bundesverfassung». Auf der letzten Seite des «Klartextes» können Sie die Volksinitiative unterschreiben und an die Junge SVP Schweiz, Postfach 6803, 3001 Bern zurückschicken.

Pierre Rusconi, Kantonalpräsident SVP Tessin, Sorengo TI

Warum muss das Bankkunden-geheimnis in der Bundesverfassung verankert werden?

Die Antwort auf diese Frage findet sich im Verhalten und Vorgehen des Bundesrates, in seiner Passivität, im späten Reagieren, im Nachgeben gegenüber den Drohungen und Erpressungsversuchen aus dem Ausland. Das Bankkundengeheimnis schützt die Privatsphäre der Bürger. Jede Person hat das Recht auf Geheimhaltung der Geschäftsbeziehungen mit ihrer Bank und Schutz ihrer Daten. Das Bankkundengeheimnis schützt nicht die Bank, sondern den Kunden vor ungerechtfertigten Eingriffen des Staates.

Die heftigsten Angriffe gegen die Schweiz kamen aus den USA, welche das Missverhalten und die Gesetzesverstösse, welche von Mitarbeitern der ehemals grössten Schweizer Bank begangen wurden, geschickt und rücksichtslos nutzen, um einen der wichtigsten Erfolgsfaktoren des Schweizer Finanzplatzes – das Bankkundengeheimnis – zu zerstören. Dabei geht es aber in Wirklichkeit nicht um den Finanzplatz, es geht auch nicht um Moral oder Ethik oder um steuertechnisches Wohlverhalten der Steuerzahler auf der ganzen Welt. **Es geht um die Vernichtung eines Konkurrenten, dessen Geschäfte man übernehmen will, und man nimmt dabei ebenfalls die Vernichtung eines bewährten, auf Treu und Glauben beruhenden Verhältnisses zwischen Bürger und Staat, wie es in der Schweiz gelebt wird, in Kauf.**



Im Windschatten der wütenden Grossmacht schleichen verschiedene unserer Nachbarn aus der EU, allen voran Deutschland und Frankreich, umher und warten auf ein Stück der Beute. Die Finanzkrise, welche in den

USA auf Grund der dortigen Geschäftspraktiken begonnen hat und sich zu einer der grössten Weltwirtschaftskrisen ausgewachsen hat, hat all diese Staaten hungrig gemacht, es mangelt ihnen an Geld, um ihre Giesskannenpolitik und ausufernde Verwaltung satt zu machen.

Etlliche Bürger dieser Staaten versuchten in der Vergangenheit wenigstens Teile ihres hart erarbeiteten Vermögens irgendwo auf der Welt in Sicherheit zu bringen. Auf Finanzplätzen in Europa, Asien, in der Karibik oder in den USA. Der Finanzplatz Schweiz hebt sich dabei hervor durch Stabilität, Zuverlässigkeit, Effizienz und Sicherheit. Er ist sehr erfolgreich und – wie sich in der letzten Zeit zeigt – er wird schlecht geschützt und verteidigt. Ein gefundenes Fressen also.

Der Schweizer Bundesrat hat mit Passivität, mit Widersprüchen, mit Ängstlichkeit und schliesslich mit Einlenken reagiert. Er hat damit unseren Gegnern wie auch dem Schweizer Volk klar gemacht, dass ihm an der Wahrung und am Erhalt eines erfolgreichen Finanzplatzes und am Fortbestand unseres auf Vertrauen und Freiheit basierenden Bürger-Staat-Verhältnisses nicht viel gelegen ist. **Deshalb bleibt dem Schweizer Volk nichts anderes übrig, als die Initiative zu ergreifen und seine Souveränität und den Wirtschaftsstandort Schweiz selbst zu verteidigen. Diese Volksinitiative heisst, das Bankkundengeheimnis in der Bundesverfassung zu verankern und damit zum Bestandteil des Selbstverständnisses der Schweiz zu machen.**

Werbung

Wir wollen Ihren Erfolg.

Seit mehr als 30 Jahren sind wir erfolgreich für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP Schweiz, verschiedene SVP-Kantonal- und Stadtparteien, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen

- Wahl- und Abstimmungswerbung
- Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung
- Lobbying und PR
- Produkte- und Dienstleistungswerbung
- Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Mit einer klaren Zielsetzung, einer gutdurchdachten Strategie und einer emotionalen und verblüffenden Umsetzung die Botschaft zielgerecht zu verbreiten und – wo nötig – Medienaufmerksamkeit zu schaffen.

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

GOAL AG für Werbung, PR und Events

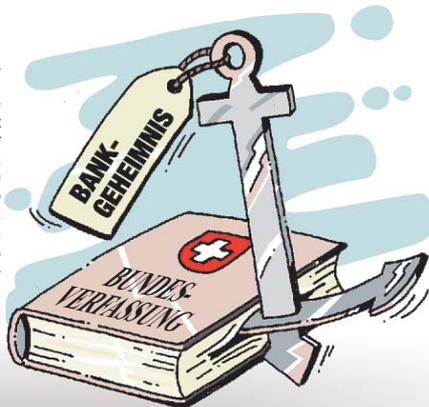
Alexander Segert
Geschäftsführer

Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

Nein zu Erpressungen durch das Ausland

Das Bankkundengeheimnis ist ein wichtiger und erfolgreicher Pfeiler des Finanzplatzes Schweiz. Dies ist ausländischen Staaten ein Dorn im Auge. Schwarze und graue Listen belegen, dass wir uns in einem Wirtschaftskrieg befinden. Die USA und Grossbritannien wollen die eigenen Steueroasen erhalten, die Schweiz schwächen und unser Land erpressen.

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen: Bignasca Giuliano, Via Monte Boglia 3, 6900 Lugano; Rusconi Pierre, Via Muzzano 13a, 6924 Sorengo; Bignasca Attilio, Via Gaggio 2, 6982 Agno; Sanvido Paolo, Via Aprica 16, 6900 Lugano; Mellini Eros Nicola, Via Muggina 6, 6962 Lugano-Viganello; Gobbi Norman, Via San Gottardo, 6775 Quinto; Chiesa Marco, Via delle Vigne 3, 6977 Lugano-Ruvigliana.



Das Bankkundengeheimnis muss in der Bundesverfassung verankert werden!

Schutz der Privatsphäre

Die Schweiz zeichnete sich immer dadurch aus, dass der Bürger vor den neugierigen Augen des Staates geschützt ist. Jede Person hat das Recht auf Geheimhaltung ihrer Geschäftsbeziehung mit ihrer Bank und Schutz ihrer Daten.

Kein Schutz für Kriminelle

Das Bankkundengeheimnis war und ist kein Schutz für Terroristen, Geldwäscher oder das organisierte Verbrechen. Bei Straftaten gilt der Grundsatz der beidseitigen Strafbarkeit: Die Schweiz gewährt ausländischen Behörden Amtshilfe, wenn die verfolgte Handlung in der Schweiz auch strafbar ist.

Wirtschaftsstandort Schweiz stärken

Ein in der Verfassung verankertes Bankkundengeheimnis stärkt den Finanz- und Wirtschaftsstandort Schweiz und fördert somit den Erhalt und den Ausbau von zehntausenden wichtigen Arbeitsplätze.

EIDGENÖSSISCHE VOLKSINITIATIVE 'VERTEIDIGEN WIR DIE SCHWEIZ! DAS BANKGEHEIMNIS MUSS IN DIE BUNDESVERFASSUNG' (im Bundesblatt veröffentlicht am 31. März 2009). Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf die Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff, folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert: Art. 13 Sachüberschrift und Abs. 3-5 (neu)

Sachüberschrift: **Schutz der Privatsphäre und Garantie des Bankgeheimnisses**

3 Jede Person hat das Recht auf Geheimhaltung ihrer Geschäftsbeziehungen mit zum Geschäftsbetrieb in der Schweiz zugelassenen Banken. Informationen dürfen nur mit ihrer Zustimmung an eine ausländische Stelle oder an eine Bundesbehörde, die nicht an das Bankgeheimnis gebunden ist, weitergegeben werden.

4 Das Bankgeheimnis deckt keine kriminellen Handlungen wie Terrorismus, organisiertes Verbrechen, Geldwäscherei; die Schweiz gewährt ausländischen Behörden Hilfe, wenn die verfolgte Handlung in der Schweiz auch strafbar ist (Grundsatz der beidseitigen Strafbarkeit).

5 Das Gesetz sieht Massnahmen vor, die verhindern, dass das Bankgeheimnis bei Ermittlungen in Steuersachen umgangen wird. Die richterliche Behörde kann die rechtliche Beurteilung der Tat, die der um Hilfe ersuchende Staat vorgenommen hat, überprüfen.

Auf dieser Liste können **nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde wohnen**. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen.

Kanton:		PLZ:		Politische Gemeinde:		
Nr.	Name (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Vorname (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Genaueres Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1.						
2.						
3.						
4.						

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

**Ablauf der Sammelfrist:
1. Oktober 2010**

Die unten stehende Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt.

Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft):

Ort: _____ Unterschrift: _____

Datum: _____ Amtliche Eigenschaft: _____

Amtsstempel:

**Ganz oder teilweise ausgefüllt bis am 1. November 2009 einsenden an:
Junge SVP Schweiz, Postfach 6803, 3001 Bern**